

Im Bann der Jusofizierung

Den Sozialdemokraten gelingt es, den Bürgerlichen die Stirn zu bieten. Das liegt an den Jungsozialisten, die mit ihrer Kapitalismuskritik die parteiinternen Reformer zu Statisten degradieren. *Von René Zeller*

«Jusofizierung». Der Urheber dieser Wort-schöpfung ist nicht zweifelsfrei zu identifizieren. Es könnte sich um Daniel Frei handeln. Der ehemalige Präsident der Zürcher SP warf im Februar 2017 den Bettel hin. Ein mit harten Bandagen geführter Streit zwischen Regierungsrat Mario Fehr und den Juso hatte ihn zermürbt. Als die SRF-Sendung «Rundschau» zwei Monate später das spannungsgeladene Verhältnis zwischen der Mutterpartei und ihren jungen Heissspornen thematisierte, beklagte Frei: «Es findet eine eigentliche Jusofizierung der SP statt.»

Diese Feststellung ist nicht freihändig formuliert worden. Seit Tamara Funicello die Juso Schweiz präsidiert, lautet die Devise: «Wir wollen der Stachel im Hintern der SP sein. Das tut der Mutterpartei gut.» Weniger gut fanden das die arrivierten Genossinnen und Genossen, die sich zu einer «Reformorientierten Plattform in der SP Schweiz» zusammengeschlossen haben. Die Aargauer Ständerätin Pascale Bruderer meinte unumwunden, der von den Juso angeschlagene Tonfall passe definitiv nicht zur Debattenkultur der SP. Also müssten die zahlreichen Sitze, die in den nationalen Gremien für Jungsozialisten reserviert seien – inklusive eines Vizepräsidiums –, zur Disposition gestellt werden.

Reformerisches Wischiwaschi

Dieser Versuchsballon des Reformflügels platzte jäh. Viel zu stark war der Einfluss der Juso schon damals innerhalb der Mutterpartei. Und die «Jusofizierung» schreitet voran. Der 27-jährige Zürcher Fabian Molina, gewesener Juso-Präsident, ist soeben für Tim Guldinmann in den Nationalrat nachgerückt. Auch aus dem Baselbiet erhält die linke Avantgarde Verstärkung. Die 24-jährige Samira Marti, die in den letzten Jahren die Juso mitgeprägt hat, wird bis Ende Jahr auf die rücktrittswillige Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer folgen. Die Zahl der jungsozialistisch imprägnierten Mandatsträger im Bundeshaus wächst rasant. Zu nennen wären die Zürcherin Mattea Meyer, die Bernerin Nadine Masshardt, selbstredend auch Cédric Wermuth, der seine Rolle als Begründer eines konsequent aktionistisch-provokanten Oppositionskurses nicht abgestreift hat.

Für Tamara Funicello ist der personelle Vormarsch der Juso kein Zufall. «Unser Erfolg zeigt, dass die Sozialdemokratie keinen Millimeter zur Mitte hin rutschen darf.» Nur so



Immer selbstbewusster: Juso-Chefin Tamara Funicello (M.).

werde die SP wieder erstarren und Wahlen gewinnen, nicht aber mit reformerischem Wischiwaschi.

Im permanenten Wahlkampf, der sich zurzeit in den Kantonen abspielt, ist die SP daran, zusammen mit den Grünen das linke Tränental zu verlassen, in das sie 2015 gerutscht war. Wenn die Jungsozialisten dazu beitragen, dann in erster Linie mit ihrer programmatischen Sisyphusarbeit. Im März haben die Juso zwei kantonale Volksinitiativen durchgebracht, die mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung fordern. In Freiburg kam das Anliegen komfortabel durch. Einem veritablen Coup entsprach hingegen die hauchdünne Mehrheit (50,28 Prozent) im konservativen Kanton Schwyz. Damit haben die Juso den Weg für die nationale Volksinitiative der Mutterpartei vorgepfadet, der in die gleiche Richtung weist.

Und der Motor der Juso brummt weiter, unablässig spuckt er Initiativpläne aus. Bereits weit gediehen ist die 99-Prozent-Initiative. Die Losung lautet: «Kapital statt Arbeit besteuern.» Die Jungsozialisten wollen, dass Kapitaleinkommen wie Dividenden, Mieteinnahmen oder Zinsen ab einer Höhe von 100 000 Franken zu 150 Prozent versteuert werden. Das würde zu einer sozialistischen Umverteilung im grossen Stil führen. «Wir gehen aufs Ganze, die Superreichen müssen bluten», lautet der Kampfruf. Das ideale Feindbild ist bereits identifiziert worden: Magdalena Martullo-Blocher soll als abschreckendes Beispiel herhalten müssen.

25-Stunden-Arbeitswoche

Das Engagement, welches die Juso in den letzten Jahren auf der nationalen Bühne an den Tag legen, ist respektabel. Die auf hohe

Managersaläre zielende 1:12-Initiative entstammte der jungsozialistischen Küche, ebenso die Spekulationsstopp-Initiative. Beide Volksbegehren fielen bei Volk und Ständen durch. Das hat den Elan der Jungsozialisten nicht gebremst. Der Kampf für eine antikapitalistische Gesellschaft wird fortgeführt. Das Credo, das den politischen Aktionen Pate steht, lautet: «Wir lehnen dieses Wirtschaftssystem ab, das nur wenigen Menschen grenzenlosen Reichtum bringt und dabei Milliarden von Menschen in Armut hält und die Umwelt zerstört.» Dafür müsse auch die Mutterpartei ihre Energie einsetzen, verlangen die Juso. Sie fordern das immer öfter. Immer lauter. Und selbstbewusster.

Eine weitere Chance, den Kampf fortzusetzen, stellt das 100-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks dar. Das damalige Oltener Aktionskomitee setzte mit einem Forderungskatalog den ausschliesslich bürgerlichen Bundesrat unter Druck. Die Juso wollen mit einem 9-Punkte-Programm nachdoppeln. Dieses umfasst den Ruf nach der 25-Stunden-Arbeitswoche, die systematische Verstaatlichung des Bodens, die Abschaffung der Armee, Frauenquoten in Politik und Wirtschaft, ein kostenloses Gesundheits- und Bildungswesen, die Staatsbürgerschaft für alle, die in der Schweiz leben, arbeiten, zur Schule gehen und Steuern bezahlen.

Nicht minder visionär – oder sagen wir: provokativ – ist auch die von den Juso gestartete Initiative «Züri autofrei». Das Begehren hat derart viele Fussangeln, dass sich die linksdominierte Zürcher Stadtregierung und das linksdominierte Stadtparlament in die Haare geraten sind. Der Stadtrat möchte die Initiative für ungültig erklären, das Parlament spricht sich «in dubio pro reo» für eine grosszügige Auslegung aus.

Ostern abschaffen?

Und was ist von der Idee der Zürcher Jungsozialisten zu halten, die das Osterfest abschaffen wollen? In einem Papier zu «Religion und Staat im Kanton Zürich» wird gefordert, dass christliche Feiertage vollständig durch nichtreligiöse Festtage ersetzt werden. Die Juso betonen, dass hinter dem Ansinnen nicht Religionsfeindlichkeit stehe. Wichtig sei vielmehr, dass die vielen letztlich staatlichen Aufgaben, die Religionsgemeinschaften heute leisten, «wieder direkt durch den Staat übernommen werden».

Die Schleier lüften sich. Unter «Jusozifizierung» hat man zu verstehen, dass der Staat alle Lebensbereiche durchdringt, dass kirchlich getragene Suppenküchen oder Hilfswerke wie jenes von Pfarrer Sieber in behördliche Obhut gehören. Die Jungsozialisten mögen flott unterwegs sein und ihrer Mutterpartei gehörig Beine machen. Aber sie marschieren in die falsche Richtung. ○

Politik

Steuerungsapostel

Aus dem links-grünen Lager kommen Forderungen zur Regulierung von Stromnetzen und Internet. Sie tragen harmlos tönende Tarnnamen. Von Silvio Borner

Smart Grid und Netzneutralität – diese zwei Schlagworte sind heute gross in Mode, sie versprechen Effizienz bei der Stromversorgung und Gerechtigkeit im Internet. Das tönt nach Patentrezepten für die moderne Welt der Netze, schaut man aber genauer hin, schliessen sich diese Prinzipien gegenseitig aus. Zudem werden sie von den grün-rötlichen Kräften für je das falsche Netz propagiert: das Rezept Smart Grid für das Stromverteilungsnetz, das Rezept Netzneutralität für das Internet. Aus dieser Sicht haben wir heute in der Stromversorgung ein «dummes» Netz, das jederzeit Strom «neutral» liefert, wenn wir ihn benötigen.

Das wird nun immer schwieriger, wenn wir in Zukunft nebst der Energie aus Wasserkraft nur noch Flatterstrom aus Wind- und Sonnenkraft produzieren wollen, dessen Leistung je nach Wetter und Jahreszeit wild schwankt. Deshalb soll ein schlaues Netz, ein Smart Grid, Abhilfe schaffen: Es lenkt den Stromkonsum der Nachfrager schön nach zeitlicher und örtlicher Verfügbarkeit der Energie. Die Nachfrage bestimmt nicht mehr das Angebot, nein, das Angebot lenkt die Nachfrage. Der Netzbetreiber entscheidet, wann ich welches Gerät einschalten darf und wann abschalten muss.

Wert des Flatterstroms

Das ist nicht smart, sondern diktatorisch. Wenn das Problem des unsäglichen Flatterstroms wegen der Energiewende aber schon nicht zu umgehen ist, dann sollte die Lösung wenigstens so liberal als möglich sein. Die Netzsteuerung über Preissignale wäre eine Art zweitbeste Lösung. Der Wert des Flatterstroms muss sich in einem marktwirtschaftlichen Smart Grid in den Verbraucherpreisen widerspiegeln. Auf diese Weise bezahle ich je nach Jahreszeit, Wetter und Tagesstunde für eine Kilowattstunde einen ganz unterschiedlichen Preis. Ein effizientes Smart Grid für Strom braucht also eine Preis- und Produktdifferenzierung nach Zeitpunkt oder Art der Verwendung. Doch das ist genau das Gegenteil von Netzneutralität, bei der ja alle Nachfrager im Netz gleich behandelt werden und die gleichen Tarife bezahlen.

Wie sieht es beim Internet aus? Praktisch umgekehrt. Bei diesem Netz fordert das rötlich-grüne Lager den Übergang von Preisdifferenzierung zur sogenannten Netzneutralität und damit zu einem «dummen» Netz. Alle Anbieter von Filmen, Informationen und an-



«Dummes» Netz.

deren Inhalten, vor allem die ohne eignes Netz, sollen demnach diskriminierungsfreien Zugang zum Internet erhalten, und die Netzbetreiber dürfen zwischen den Nutzern nicht mehr differenzieren, indem sie verschiedene Preise für verschiedene Angebote durchsetzen. Was aber ist, wenn wir Kunden genau das wollen? Beim Kabelfernsehen gibt es ja nebst der Anschlussgebühr auch verschiedene Abos, zwischen denen wir frei wählen können.

Wahlfreiheit setzt Preis- und Produktdifferenzierung voraus. Auf diese Weise lassen sich die Wünsche der Konsumenten besser erfüllen als durch eine Netzneutralität, wie wir sie ja von der SRG her mit ihrer uniformen Versorgung der Sendegebiete schon zur Genüge

Der Staat soll den Konsumenten weder im Internet noch im Stromnetz den Verbrauch diktieren.

kennen. Wir zahlen einen (hohen) Festpreis, die Billag-Gebühr, und können dann Tag und Nacht fernsehen oder es bleiben lassen. Jede Sendung kostet gleich viel, nämlich nichts. Dabei sind gerade im Internet die Bedürfnisse meiner Enkel, der Polizei oder der Medizin, der Haushalte und Firmen doch völlig unterschiedlich. Preisdifferenzierung ist deshalb keine «Diskriminierung», wenn dies für uns Konsumenten eine bessere Versorgung dank mehr Investitionen und Vielfalt mit sich bringt.

Was ist die Moral von der Geschichte? Regulierungen sollen nicht dogmatisch auf Vorrat erfolgen und nicht den Interessen der Anbietern dienen, sondern den Endverbrauchern. Anders gesagt: Weder im Internet noch im Stromnetz soll der Staat den Konsumenten den Verbrauch diktieren.